

# MBI INFORMIERT

**MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN**  
**UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 11/16**

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,  
45468 Mülheim  
Tel. 0208 - 3899810  
Fax 0208 - 3899811

e-mail: [mbi@mbi-mh.de](mailto:mbi@mbi-mh.de)

<http://www.mbi-mh.de>

## Landtagswahlkampf droht, besonders in Mülheim!

Am 14. Mai wird in NRW der Landtag gewählt, als eine Art »kleine Bundestagswahl« und als letzter Stimmungstest, bevor im Herbst ein neuer Bundestag gewählt wird. Die Serie der Erfolgsmeldungen für NRW hat bereits begonnen und besonders Mülheim als Heimatstadt der Ministerpräsidentin muss im besten Licht erscheinen, egal wie verhangen die Realität sein mag. Beispiel von Ende Okt.: Städte, Kreise und Gemeinden können im kommenden Jahr mit einem üppigen Geldsegen vom Land rechnen. Gestiegene Einwohnerzahlen etwa durch die Flüchtlinge sorgen 2017 in vielen Kommunen für ein dickes Plus bei den Landeszuweisungen. Besonders profitieren wird das Ruhrgebiet, am stärksten Mülheim mit 22% mehr Landeszuschuss. Dahinter folgen Essen mit +9% und Oberhausen mit +7,1%. **Welch ein Zufall, dass just die Heimatstadt der Ministerpräsidentin soviel "Glück" hat.**

## Geschönte Polizeistatistik zur Aufklärung von Einbrüchen in MH?

Die Zahl der Einbrüche in NRW ist hoch, viele Fälle werden nie geklärt. Nun stellte der Mülheimer Kriminologe Dr. Kawelovski in einem 18-seitigen Gutachten für den Landtag fest: Viele Fälle speziell in Mülheim, die in der Statistik als "aufgeklärt" auftauchen, wurden nie gelöst. Die Täter laufen noch unerkannt und frei herum. Und die Mülheimer Medien verschweigen das bisher, obwohl überregional und im Fernsehen groß berichtet wurde!

## Cafe Ziegler als Jugendheim in der Karl-Ziegler Schule?

*"Eltern-, Schüler- und Lehrervertreter des Karl-Ziegler-Gymnasiums stimmen in der Schulkonferenz mit denkbar knapper Mehrheit für ein Jugendzentrum innerhalb der Schule"* war der WAZ Anfang Okt. zu entnehmen. Ein Jugendzentrum innerhalb einer Schule? Das ist sicher nicht unproblematisch, zudem mit dem CVJM ein Jugendheim in der Nähe der K.-Z.-Schule bereits vorhanden ist. Auch deshalb wollten die MBI mit einer Anfrage im Bildungsausschuss Genaueres erfahren, doch Fehlanzeige, die Schulverwaltung erklärte die Politik für unzuständig!

## Kirchtürmelei im bankrotten Ruhrgebiet geht weiter, unglaublich!

Duisburg und Oberhausen wollen nicht in einer gemeinsamen ÖPNV-Gesellschaft – selbst der nur 4 DEMO-Städte (Duisburg, Essen, Mülheim, Oberhausen) – mitmachen. Für das Ruhrgebiet ein ruinöses Armutszeugnis. Das Land muss endlich tätig werden, um aus der Falle der Kirchtürmelei im westlichen Ruhrgebiet heraus zu kommen!

## PPP-Autobahnprivatisierung und PKW-Maut droht!

Mit der Einigung im sog. Bund-Länder-Ausgleich Ende Oktober wurde, von den Medien kaum beachtet, eine sog. Fernstraßengesellschaft als PPP vereinbart, über die eine Privatisierung hauptsächlich von Autobahnteilen mit zugehöriger Maut ermöglicht werden soll. Weil dafür das Grundgesetz geändert werden muss, wurde den Ländern deutlich mehr Geld zugesagt, damit sie dem zustimmen. Minister Gabriel wollte das Vorhaben als Nicht-Privatisierung schönreden, doch Verwaltungsjuristen werteten das als bewusste Täuschung der Wähler!

### Auf den folgenden Seiten:

- Überforderung der Schulen mit massenhaft Seiteneinsteigern, Inklusion, Sanierungsstau. Dazu noch das G8/G9-Chaos in NRW. MBI-Anfragenserie zur drohenden Überforderung der Schulen..... S. 2
- MBI unterstützen den Antrag, die LVR-Umlage zu senken ..... S. 3
- MBI-Anfragen zu Anwohnerparken und Teilfußgängerzonen in der Altstadt..... S. 3
- Ledermuseum in Not, von Filz und Niedrigzins in die Zange genommen? ..... S. 4

**Einlegeblatt:** Bürgerbegehren zur Übernahme der RWE-Anteile an der medl eine Totgeburt trotz großem Medienecho? Geburtsfehler der medl, von den Grünen verursacht, zu schwerwiegend?

# Überforderung der Schulen mit massenhaft Seiteneinsteigern, Inklusion, Sanierungsstau ..... Dazu noch das G8/G9-Chaos

Wie sieht Merkels wiederholtes "Wir schaffen das" in der Realität aus, z.B. im krisengeplagten Ruhrgebiet? Sicherlich gehören auch hier u.a. die Immobilienwirtschaft, Sicherheitsdienste und Sozialindustrie zu den Profiteuren der ohne Not ausgelösten Flüchtlingskrise. Doch die Grundfesten des bundesdeutschen Erfolgsmodells stoßen nach und nach an ihre Grenzen, am deutlichsten in kriselnden Regionen. Während z.B. in Essen die Probleme meist offen zu Tage treten, wird in Mülheim noch versucht, heile Welt vorzugaukeln, die es aber nicht mehr gibt. Am Bspl. Schulen wird das mehr als deutlich. Die MBI hatten deshalb eine Serie von Anfragen eingereicht, um von der Schulverwaltung endlich besser informiert zu werden. **Doch die Schulverwaltung mauerte gehörig zu fast jeder Frage. Unglaublich!** MBI-Anfrage Bildungsausschuss am 31.10.2016

MBI-Anfrage für den Bildungsausschuss am 31.10.2016 TO öffentlich

## Bedeutung der G 9/G 8- Diskussion für Mülheimer Gymnasien

Die Diskussion um G 8 oder G 9 für Gymnasien hat in NRW volle Fahrt aufgenommen, sogar ein Volksbegehren dazu steht im Raume. Daher möge die Verwaltung aufzeigen, was eine evtl. Änderung für die Mülheimer Gymnasien bedeuten würde, unabhängig von jeder sonstigen Diskussion um Vor- oder Nachteile der Rückkehr zu G 9, was bekanntlich allen unseren Gymnasien ganz oder teilweise bevorstehen könnte. Die Verwaltung möge deshalb darstellen,

- 1.) wie sich die Raumsituation in den kommenden Jahren entwickeln würde und
- 2.) wieviele Lehrerstellen mehr benötigt würden, falls von G 8 wieder auf G 9 umgestellt würde.

MBI-Anfrage für den Bildungsausschuss am 31.10.2016 TO öffentlich

## Aktuelle Situation der Seiteneinsteiger an Mülheimer Schulen

Die Verwaltung möge folgende Fragen beantworten:

- 1.) Wieviele sog. Seiteneinsteiger (SE)-Schüler gibt es zum neuen Schuljahr an welchen Schulformen und -standorten? Nach welchen Kriterien werden die SE-Schüler auf welche Schulen verteilt?
- 2.) Wieviele SE-Schüler werden inzwischen in den reinen Flüchtlings- bzw. SE-Klassen an der Bruchstraße unterrichtet? Gibt es weitere reine SE-Klassen auch an anderen Schulstandorten? Wenn ja, an welchen Schulen?
- 3.) Wie und nach welchen Kriterien werden die SE-Schüler nach 2 Jahren auf die verschiedenen Schulformen verteilt? Gibt es aktuell dabei Engpässe? Wenn ja, an welchen Schulen und Schulformen?

Begründung

Im Bericht der Verwaltung zu SE-Schülern wurden im letzten Bildungsausschuss die Zahlen zum Ende des vergangenen Schuljahres präsentiert. Um einen Überblick über die reale Situation im neuen Schuljahr zu erhalten, müssen auch die aktuellen Zahlen auf den Tisch.

## Raumsituation an Mülheimer Schulen

An welchen Mülheimer Schulen herrscht in welchem Umfang Mangel an Klassenräumen und/oder Fachräumen und/oder Differenzierungsräumen?

Wir bitten darum, Container dabei nicht als Klassenräume zu zählen.

MBI-Anfrage Bildungsausschuss am 31.10.2016

## Auswirkungen des schulischen NRW-Inklusionsgesetzes in Mülheim

Der NRW-Landtag beschloss am 16.10.2013 das Inklusionsgesetz, welches Kindern mit Behinderungen ab dem Schuljahr 2014/15 einen Rechtsanspruch auf Unterricht an einer Regelschule einräumt. Immer wieder wird gerade von den Lehrkräften deutliche Kritik am mangelhaft organisierten gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung geäußert. Die Zustände werden z.B. von den Lehrerverbänden teilweise als katastrophal dargestellt. ....

Die Verwaltung möge zu folgenden Fragen Auskünfte erteilen und Stellung beziehen:

- 1.) Gibt es Inklusionsschüler, die im vergangenen Schuljahr wieder zu Förderschulen zurückgemeldet wurden? Wenn ja, wieviele und mit welcher Form der Behinderung bekannter Kategorien?
- 2.) In welchen Mülheimer Regelschulen wird die Inklusion weitgehend/vollinhaltlich umgesetzt?
- 3.) Wieviele gehandikapte Schüler/innen an Mülheimer Schulen inkl. Förderschulen benötigen einen Fahrdienst? Wie hoch sind die Gesamtkosten und wieviel wird von anderen Trägern erstattet?
- 4.) Wieviele Inklusionsbegleiter/innen werden an MH-Schulen benötigt? Wer trägt die Kosten?
- 5.) Warum gibt es in Mülheim noch keinen stadtweiten Masterplan schulischer Inklusion, woran man den Stand inklusiver Beschulung feststellen kann?
- 6.) Warum sollen Förderschulen sukzessive abgeschafft werden, wenn von deren Abschaffung in der UN-Behindertenrechtskonvention nicht die Rede ist?
- 7.) Wenn das Land Förderschulen möglichst auflösen will, wie verträgt sich das mit dem Elternwahlrecht?
- 8.) Welche Förderschulen in Mülheim stehen evtl. noch vor der Schließung? Gibt es entfernungs-mäßig ggfs. entsprechende Ersatzmöglichkeiten?

## MBI unterstützen den Antrag, die LVR-Umlage zu senken



Die MBI haben als Mitglied im Landesverband der Freien Wähler auch Vertreter in der erweiterten Fraktion "Freie Wähler/Piraten" in der Landschaftsversammlung des LVR in Köln. Die MBI unterstützen mit voller Überzeugung den Vorschlag der LVR-Fraktion, die LVR-Umlage um 0,6 Prozentpunkte zu senken. Die Fraktion Freie

Wähler/Piraten hat dazu den entsprechenden Antrag für die Landschaftsversammlung beim LVR gestellt. **Für Mülheim machen 0,6 Prozentpunkte weniger an Umlage für den LVR ca. 1,64 Mio. € für das Jahr 2017 und für 2018 ca. 1,78 Mio. € aus, bezogen auf die Ansätze im Haushaltsentwurf der Stadt Mülheim für 2017, wo bisher für 2017 ca. 45 Mio. und für 2018 ca. 49 Mio. € als Beitrag an den LVR verbucht sind.** Die MBI haben nun folgenden Antrag gestellt für den Hauptausschuss am 10.11.2016, den Finanzausschuss am 1.12.2016 und den Rat der Stadt am 14.12.2016 zu

### Senkung der LVR-Umlage aufgrund nicht mehr erforderlicher Rückstellungen

**Der Hauptausschuss und der Finanzausschuss empfehlen dem Rat der Stadt zu beschließen: Die Stadt Mülheim fordert den LVR auf, die Landschaftsverbandsumlage für die Jahre 2017/2018 um 0,6 Prozentpunkte von geplanten 16,75 auf 16,15 Prozentpunkte zu senken und empfiehlt den Vertretern der Stadt Mülheim in der Landschaftsversammlung, entsprechend zu votieren.**

Begründung:

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) hat im Entwurf des Doppelhaushalts 2017/2018, welcher am 21.12.2016 verabschiedet werden soll, aufgrund einer laufenden Klage der Stadt Köln zur Kostenträgerschaft für ambulante



Qualität für Menschen

Integrationshilfen eine Rückstellung in Höhe von 90 Mio. € ausgewiesen. Nachdem die Klage von der Stadt Köln zwischenzeitlich zurückgenommen wurde, wird diese Rückstellung nicht mehr benötigt. Der für die Rückstellung vorgesehene Betrag steht im LVR-Haushalt nun wieder zur Verfügung und sollte auch nicht anderweitig verplant werden, denn der LVR-Haushalt für 2017/2018 ist ausgeglichen. **90 Mio. € entsprechen 0,6 Prozentpunkte der Landschaftsverbandsumlage, so dass der Umlagesatz entsprechend gekürzt werden kann.** Dies entspräche dem Rücksichtnahmegebot auf die kommunalen Gebietskörperschaften, auch wegen der schlechten Haushaltslage vieler Städte. Für die Stadt Mülheim würde die Senkung der LVR-Umlage um 0,6 Prozentpunkte bezogen auf die Ansätze im Haushaltsentwurf 2017 ca. 1,64 Mio. € (Ansatz ca. 45 Mio. €) und für 2018 ca. 1,74 Mio. € (Ansatz ca. 49 Mio. €) Einsparung bedeuten.

MBI-Anfragen für die BV 1 am 3.11.16 zu

## Anwohnerparken und Teilfußgängerzonen in der Altstadt

- 1.) Wann soll das Anwohnerparken bzw. die Einrichtung von Teilfußgängerzonen in der Altstadt dauerhaft beschlossen werden?
- 2.) Werden die bisher gültigen Parkausweise der Anwohner mit dem Ablauf der Testphase ungültig oder werden sie automatisch verlängert?
- 3.) Wann wird eine Parkregelung vor dem Kindergarten und der Tagesklinik im Muhrenkamp eingeführt?
- 4.) Ist es angedacht, die Geschwindigkeit auf der Oberstr. auf Tempo 30 zu begrenzen? Wenn ja, wann soll dies geschehen?
- 5.) Hat man sich in der Verwaltung bereits Gedanken über die Vorfahrtregelung im Bereich Oberstr., Kettwiger Str. und Hagdorn gemacht, um die Vorfahrtregelung zu Gunsten von Kettwiger Str. und Hagdorn zu ändern?

Begründung:

**Zu 1.) und 2.):** Die Testphase läuft im November diesen Jahres aus. Es wäre sinnvoll, direkt aus der Testphase in den Normalbetrieb überzugehen.

**Zu 3.):** Der Verwaltungsvorschlag, in der Pastor-Jakob-Str. zu parken, ist nicht zweckdienlich. Neueingerichtete Parkplätze im Bereich der Tagesklinik und des Kindergartens würden zu einer Verkehrsberuhigung führen.

**Zu 4.) und 5.):** Die Kreuzung Oberstr. / Hagdorn ist für Fußgänger sehr gefährlich, da aufgrund der Anordnung der Parkplätze die meisten schnellfahrenden Fahrzeuge nicht erkannt werden und umgekehrt. Die Oberstr. ist aus der Kettwiger Str. kommend nicht einsehbar, hier fehlt zumindest ein Spiegel.

## Ledermuseum in Not, von Filz und Niedrigzins in die Zange genommen? Ein Krimi der besonderen Mülheimer Art, oder?



Der WAZ-Artikel „*Geld für das Mülheimer Ledermuseum fehlt*“ vom 27.10.16 berichtete mal wieder nur die halbe Wahrheit. Das tolle Mülheimer Ledermuseum ist nämlich nicht nur von den Niedrigzinsen bedroht. Die Gefährdung ist auch eine Folge des typischen Mülheimer Filzes und seiner Machenschaften. Deshalb zur Erinnerung:

Die Lederfabrik Lindgens war die letzte in der langen Tradition renommierter Lederfabriken in der Ruhrstadt Mülheim. Lindgens war sicherlich einer der spendabelsten Unternehmer der Stadt Mülheim. Er hat z.B. für die MüGa-Wanderwege einen ganzen Streifen entlang der Ruhr von seinem Betriebsgelände verschenkt oder vor Jahren auch die neuen Stühle im Ratssaal spendiert. Er hat vor allem aber das Ledermuseum zusammen mit dem Unternehmerkollegen Bungert aufgebaut und in nur einem Jahrzehnt zu einer Perle der Stadt gemacht.

Doch dann fiel Lindgens in Ungnade, als er sein Gelände am Kassenberg für den Bau der Fachhochschule anbot, nachdem das in der Bewerbung dafür angedachte und geplante Ruhrbania-Gelände zwischen Eisenbahn- und Nordbrücke sich schnell als „falsch berechnet“ und untauglich erwiesen hatte. Das Lindgens-Gelände wäre fast optimal gewesen, doch nahezu die gesamte Mölmsche Nomenklatura inkl. der lokalen Immobilienhaie sträubten sich mit Händen, Füßen und schrägen Gutachten dagegen. Ein unwürdiges Possenspiel damals 2009. Schließlich entriess das Land der Stadt die Entscheidungshoheit und entschied sich ob des Streits für das eher suboptimale Restgelände des SPD-nahen MWB an der Duisburger Str. neben der nagelneuen, überdimensionierten Feuerwehr. Alles wurde deshalb viel teurer und verspätete sich deutlich. Doch egal.

Lindgens wollte dann sein Gelände am Kassenberg von Hochtief zu hochwertigem Wohngelände umgestalten lassen. Das war bei der Expo-Real in München 2010 auch der totale Renner. In der Folge muss aber die Stadt der Weltfirma Hochtief klar gemacht haben, dass sie wenig bis nichts genehmigen werde. So bekam Hochtief kalte Füße und Lindgens verkaufte an das bekannte Mölmsche Konsortium MWB/Hoffmeister/Sparkasse (das bekannte Trio mit u.a. dem Husarenstreich der Feuerwehr, Ruhrbania, Hochschule .....).

**Danach war der in Ungnade gefallene Lindgens selbst beim Ledermuseum nicht mehr erwünscht.** Im WAZ-Artikel vom 7.9.13 „*Ledermuseum benötigt Unterstützung*“ rief die neue Vorsitzende des Fördervereins, die ex-SPD-Ratsfrau Künzel, zu Spenden für das tolle Ledermuseum auf. Sie behauptete, die Stiftung verzichte auf städt. Zuschüsse und beschränke sich auf Spenden. So aber stimmte auch das nicht:

Vgl. WAZ vom 19.4.13: „*In die Stiftung wurde eine Million € eingebracht: 750 000 € vom Landschaftsverband Rheinland, 250 000 € kamen aus der Mülheimer Wirtschaft und von Privatleuten. Das Geld wurde angelegt. „In Anleihen“, so Geschäftsführer Bungert, „wobei das Kapital voll erhalten blieb und nie ernsthaft in Gefahr war.“ Während zig Stiftungen in der Wirtschaftskrise Pleite machten, sei das Kapital in diesen Zeiten zwar „zwischenmal mal unter eine Mio. Euro gerutscht, aber dann wieder auf über eine Mio. gestiegen. ... Pikantes Detail: Bei Verhandlungen mit Banken verlagerte man das Depot ausgerechnet von dem Geldinstitut, das auch Zustifter ist und einen Sitz im Kuratorium hat, zu einer anderen Bank....“* Das veranlasste die Spasskasse MH als "Zustifter", auch den Geschäftsführer aus dem Ledermuseum herauskicken zu lassen. Der war ob des bösen Mobbings so getroffen, dass er seine Ehrennadel an die Stadt zurückgab. Doch die WAZ weigerte sich, das auch nur zu vermelden.


### **So läuft das alles mitunter in der Heimatstadt der Ministerpräsidentin ....**

Der vorherige Hauptförderer Lindgens hat im Mai 2013 zusammen mit dem langjährigen Geschäftsführer Bungert Stiftung und Verein verlassen. Zur Erinnerung: WAZ 1.5.13: „*Lindgens kehrt dem Ledermuseum den Rücken*“ und WAZ vom 19.4.13: „*Es gärt im Ledermuseum*“

3 Jahre später sieht man, dass der SPD-Aufruf zu Spenden für das Überleben des Ledermuseums wenig gebracht hat. Die CDU glaubt gehört zu haben, das Land wolle das Museum übernehmen, was aber nicht stimmen kann. Und nun? **Ratlosigkeit pur, in Mülheim a.d. Ruhr!**

Im Kulturausschuss am 28.10.16 verkündete OB Scholten, das Museum werde an die MST angedockt, ohne dass diese städtische GmbH, die selbst jährlich Millionen Subventionen benötigt, sich an den Kosten beteiligen soll. **Nach Lösung sieht das nicht aus und auch der LVR hat abgewunken, weil von dort keine erneute Unterstützung möglich sei.**



**M ü l h e i m e r  
B ü r g e r -  
I n i t i a t i v e n** 

Fraktion in Rat und  
Bezirksvertretungen  
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr  
Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1  
45468 Mülheim / Ruhr  
Telefon: 0208-3899810  
Telefax: 0208-3899811

**M B I**

e-mail: [fraktion@mbi-mh.de](mailto:fraktion@mbi-mh.de)

<http://www.mbi-mh.de>

## **Bürgerbegehren der Grünen zur Übernahme der RWE- Anteile an der medl eine Totgeburt trotz großem Medienecho?**

Ende 2016 läuft der medl-Vertrag aus. Der Rat beschloss im Sept. mehrheitlich, erneut das RWE als Partner für 20 Jahre zu nehmen. Doch selbst dafür muss die Stadt bis zu 40 Mio. € zahlen, weil bei medl-Gründung für das halbe Gasnetz 50,1% SWB "eingelegt" wurden, was nun abbezahlt werden muss. Doch das war nicht der einzige folgenschwere medl-Geburtsfehler zu Ungunsten der Stadt. Die Grünen, die das damals mit Schwarz-Grün verbockten, wollen nun per Bürgerbegehren die RWE-Anteile in städtische Hand bekommen. Die MBI haben sich nach intensiver Beratung mit großer Mehrheit dafür entschieden, dieses Bürgerbegehren nicht aktiv zu unterstützen, obwohl die Hauptforderungen richtig sind. Die Fragestellung für einen erhofften Bürgerentscheid lautet: *"Sind Sie dafür, dass die bisherige 49%-Beteiligung der Innogy (vorher RWE) am der medl ab dem 1.1.2017 von der Stadt Mülheim übernommen wird?"*

Über 6600 gültige Unterschriften, real also mind. 7000, müssen bis Anfang Dez. gesammelt werden. Leider war das Bürgerbegehren schlecht vorbereitet und startete sehr spät, was auch damit zusammen hing, dass die Grünen zu lange ihre BürgerEnergieGenossenschaft als medl-Teilhaber mit im Boot haben wollten. Aber auch die gesamte Kostenrechnung ist bis heute nicht richtig durchdacht. Die Stadt behauptet, 49% medl seien 74 Mio. wert, 39 Mio. müssten als sog. Festbetragsausgleich für die eingelegten SWB-Anteile gezahlt werden und 31 Mio. an Grunderwerbsteuer, falls die SWB-Anteile zur Stadt übergängen. Das letzte ist völlig ungeklärt, war bisher so auch nicht in der Diskussion. Ob diese horrende Summe real wäre, kann man anzweifeln! Doch weder dazu, noch zu notwendigen Finanzierung der angeblich erforderlichen 144 Mio. zum Erwerb der 49% medl-Anteile hat das Bürgerbegehren klarere, durchdachte Vorschläge. Weil zudem die Vorbereitung viel zu spät ansetzte und arg dilettantisch war, konnten die MBI sich nicht guten Gewissens aktiv an der absehbaren Totgeburt beteiligen, so ehrenwert das Oberziel auch sein mag. Schade, doch insbesondere die medl-Gründung war ein schwerer Sündenfall der Grünen, weshalb es heute so extrem schwierig ist, die damalige Fehlkonstruktion zu korrigieren. Da helfen auch die vielen wohlwollenden großen Artikel in den Mülheimer Medien wenig, sie machen nur PR für die Grünen und blendeten wichtige Aspekte einfach aus. Zur Erinnerung:

### **Medl-Gründung mit schweren Geburtsfehlern!**

**Ex-medl-Chef Bachmann in WAZ vom 19.10.16:**

**"Geburtsfehler gab es bei Medl-Gründung nicht"**

**Wie bitte? Die medl-Gründung war ein einziger,  
großer Geburtsfehler - für die Stadt, nicht fürs RWE!**



*"In der Debatte um die Zukunft des Energiedienstleisters Medl meldet sich nun der ehemalige Geschäftsführer Hans-Gerd Bachmann zu Wort. Hörbar angefressen ist er ob der aktuellen, lange unter der Decke gehaltenen Diskussion um die Zukunft der Medl, .... Bachmann reagiert allergisch auf zwei Worte, die zuletzt mit Blick auf die Gründung der Medl gefallen sind: Von einem „Geburtsfehler“ war da die Rede, von einem „Konstruktionsfehler“ .... Die Stadt brachte das Fernwärmegeschäft ein, die RWE-Tochter Rhenag ihr Gasgeschäft. Um die 51-Prozent-Mehrheit der Gesellschaftsanteile dennoch bei der Stadt anzusiedeln, ließ Mülheim sich auf den Deal ein, den RWE-Konzern über die Medl an der Wohnungsbaugesellschaft SWB zu beteiligen. Um dies rückgängig zu machen, wären aktuell 39,2 Millionen Euro an RWE zu zahlen..... „die Gutachter haben es als Königsweg gesehen“, sagt er. Die Rhenag über die Medl indirekt an der SWB zu beteiligen, habe den Entscheidern ermöglicht, „aus dem Nichts einen Goldesel zu machen“ .....*

**Auf der Rückseite zur Erinnerung, Richtigstellung und zum besseren Verständnis:**

## Die mehr als unsaubere medl-Gründung: Einige Fakten

Vorab: Die Rhenag brachte 1996 bei medl-Gründung nicht das Gasgeschäft (über Ertragswert) ein, sondern es ging damals hauptsächlich um die Bezahlung des Rhenag-Gasnetzes bzw. von Seiten der Stadt des Fernwärmenetzes (damaliger Chef war der Hockey-Olympiasieger Bachmann).

Der SWB hatte damals ein Anlagevermögen von ca. 1,1 Milliarde DM. Mit anderen Worten: Rhenag/RWE wurde 25%iger Teilhaber im Wert von ca. 250 Millionen DM als Ausgleich für 60 Mio. DM für die 51% Gasnetz. **Ein bombiges Geschäft, das nur deshalb nicht zum Desaster wurde, weil der SWB in den Folgejahren in große Turbulenzen geriet und praktisch insgesamt unverkäuflich war.** Erst in den letzten Jahren gelang die endgültige Sanierung durch einige Teilverkäufe wie u.a. Keitum/Sylt und Neukirchen-Vluyn, vor allem aber dadurch, dass die Stadt 1.) den SWB-Turm Hans-Böckler-Platz als umgebaute entwidmete Sozialwohnungen nun langfristig und überteuert als "technisches Rathaus" angemietet hat 2.) das historische Restrathaus dem SWB überschrieb und nach sauteurer 50-Mio.-Sanierung langfristig zurückgemietet hat und 3.) die Feuerwehr Heißen vom SWB bauen ließ und sie anmietete für ebenfalls hohe Miete. Und 4.) konnte der SWB mit diversen Flüchtlingswohnanlagen wie Augusta-/Gustavstr., Frohnhauser Weg und Mellinshofer Str. größere Einheiten sehr teuer auf Staatskosten vermieten neben vielen einzelnen Wohnungen für Flüchtlinge.

So macht der SWB nach langen Jahren der Dürre inzwischen satte Gewinne. Und die fließen zu 25% an das RWE über die medl. Sollten in Zukunft z.B. SWB-Anteile verkauft werden, kassiert das RWE/nun Innogy kräftig mit. So können sie ein Vielfaches von dem, was sie 1997 für das halbe Gasnetz verlangten, einnehmen!

Weil aber bereits die Abbezahlung des von Bachmann bestrittenen „Geburtsfehlers“ 40 Mio. € (also die 60 Mio. DM + 20 Mio. DM Zinsen) so hoch ist, ohne dass das RWE die SWB-Anteile wieder zurückgibt, will RWE auf knapp 20 Mio. großzügig verzichten, wenn u.a. zusätzlich die Stromkonzession (ein wahrer Goldesel!) um 10 Jahre verlängert wird und SWB-Verkaufsoptionen festgelegt werden.

## Alles keine Geburtsfehler? Für RWE/nun Innogy sicher nicht!



Nicht zu vergessen auch, dass die medl inzwischen 75% der SEM besitzt, womit auch Teile der Abwassergebühren in RWE/Innogy fließen werden! Und: Bei medl-Gründung gingen auch die Blockheizkraftwerke und ebenso das Stadtbad in medl-Besitz über. Im Rahmen von Ruhrbania wurde dann das Stadtbad an die Vivacon für Luxuswohnungen

verkauft. Für wieviel blieb geheim, floss alles in die medl-Überschüsse und damit zur Hälfte ans RWE.

Ein weiterer Geburtsfehler bei medl-Gründung war es, dass die Stadt, damals nur CDU und Grüne, den Deal mit überteuertem Gasnetz gegen unterbewertetes Fernwärmenetz mitmachte und Ertragswerte ignorierte.

## Medl-Gründung: Mülheim fest in RWE-Hand?!

Riesenchance vertan sowie Verrat der Grünen an Programm und Basis



### Chronologie der medl-Gründung

**Herbst 96:** Da der Gas-Konzessionsvertrag der Rhenag auslief, entwickelte eine geheime Lenkungsgruppe des "regierenden" schwarz-grünen Bündnisses unter sehr teurer Beratung des Büros Heilmeyer ein Kooperationsmodell mit der Rhenag bei Einbringung von 50,1% der städt. Wohnungsgesellschaft SWB, was im Dezember im Rat beschlossen werden sollte. Eine kurz davor anberaumte Mitgliederversammlung der Grünen sollte das absegnen, doch eine große Mehrheit war dagegen und wollte sowohl die vollständige Gasnetzübernahme, als auch mit anderen evtl. Kooperationspartnern verhandeln. Die Ratsentscheidung wurde deshalb auf März 97 vertagt.

**Frühjahr 97:** Andere mögliche Kooperationspartner wie RWW, Duisburger Stadtwerke, Wingas, Ruhrgas und Vattenfall bekundeten Interesse, wurden aber ignoriert. OB-Referent Exner verweigerte jede Informationen.

**Feb. 97:** Zusätzlich eingeschaltete Gutachter zeigten in den Heilmeyer-Gutachten massive Mängel zu Ungunsten der Stadt auf. Die Grünen-MV lehnte erneut mehrheitlich das Rhenag-Modell ab - trotz massiven Einschüchterungsversuchen durch Vorstand und Ratsfraktion, sowie tumultartigen Versuchen der Abstimmungsmanipulation.

**28.2.97:** Stellungnahme des Aachener Büros BET zur geplanten GWM (Gas-Wärme-Gesellschaft Mülheim): "Die geplante Kooperation der Stadt mit Rhenag ist eine sehr einseitige Sache, birgt große Risiken, und verschenkt ohne Not Zukunftsmöglichkeiten. Die Stadt wird mit unseriösen Rechenricks mehrfach übervorteilt"

**6.3.97:** Grundsatzentscheidung im Rat: Mit 6 von 9 Stimmen der Grünen (nur 1 Gegenstimme von A. Rothstein und 2 Enthaltungen) beschließt Schwarz-Grün das Rhenag-Kooperationsmodell GWM gegen Vergaberecht, SPD und Mitgliedervotum der Grünen-Basis! Danach wurde **ab April 97** der Gesellschaftervertrag mit Hilfe von N. Richter vom Wuppertal-Institut zur Gesichtswahrung der Grünen nachgebessert und aus der GWM wurde die medl = Mülheimer Energie Dienstleistungs GmbH mit nachgebesselter ökologischer Zielsetzung.

**Aug./Sept. 97:** Sowohl die Grünen-MV wie der Rat beschließen die Verträge mehrheitlich